



Ich erteile dem Abgeordneten Brammer von der SPD-Fraktion das Wort.

Axel Brammer (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht um die Eingabe 4455/15 vom 14. Februar 2008 und um die Eingabe 34 vom 2. März 2008. Die beiden Eingaben betreffen die Streichung schulpsychologischer Stellen in Delmenhorst und in Osnabrück.

In Delmenhorst scheidet zum 1. Juli 2008 zwei Schulpsychologen aus. Der Nebenstelle Delmenhorst droht damit die Schließung. In Osnabrück scheidet zum 1. September 2008 ein Schulpsychologe aus. Damit gibt es dann für den Landkreis und die Stadt Osnabrück nur noch eine Stelle. Für diesen Bereich gab es früher fünf Stellen.

Nach Aussage des Ministeriums soll die Schulpsychologie zukünftig die Aufgabe haben, Hilfe zur Selbsthilfe zu organisieren. Vor dem dargestellten Hintergrund ist es aber kein Wunder, wenn man auch in akuten Fällen nicht die Fachleute, sondern den Anrufbeantworter am anderen Ende der Leitung hat.

(Beifall bei der SPD)

Es hilft den Betroffenen vor Ort überhaupt nicht, dass das Ministerium darauf verweist, dass mit der Einführung der Eigenverantwortlichen Schule die einzelnen Schulen ihren Unterstützungsbedarf selbst bestimmen. Es hilft den Betroffenen auch nicht, dass eine Koordinierungsgruppe damit beauftragt ist, ein Konzept für ein Beratungs- und Unterstützungssystem zu erarbeiten. Sie haben hier eine Baustelle, bei der die bisherigen Strukturen zerlegt werden, zukünftige Strukturen angeblich angedacht, aber noch nicht ausformuliert sind. Sie schaffen hier ein Vakuum. Das macht den Betroffenen Angst. Deshalb sind diese Petitionen eingereicht worden. Es werden mit Sicherheit nicht die letzten sein.

(Beifall bei der SPD)

Sie treffen mit dieser Baustelle eine Schülergeneration, die aufgrund der vielfältigen Veränderungen wie Schulstrukturreform, Erhöhung der Klassenfrequenzen, Turboabitur und vieles mehr erheblich unter Druck steht.

Aber es kommt noch schlimmer. Die Petenten begründen in ihren Eingaben die Notwendigkeit der Wiederbesetzung der Stellen wie folgt: Neben den bekannten Lern- und Leistungsproblemen nehmen an den Schulen viele andere Vorfälle zu. Die Petenten nennen psychische Störungen wie Mager-sucht, Selbstverletzungen wie das Ritzen bis hin zur Suizidabsicht. Genannt werden ferner: Mobbing, aber auch Aggressionen gegen Mitschüler. - Diese Situation, so teilen die Petenten in ihrer Eingabe mit, überfordert die Unterstützungskräfte an den Schulen erheblich. Es handelt sich auch hierbei um eine Baustelle, die bereits in der 15. Wahlperiode vom damaligen Minister Busemann eingerichtet wurde. Allerdings - das muss man Herrn Busemann zugestehen - hat er einen Teil dieser Verantwortung in sein neues Ressort mitgenommen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sämtliche Auswirkungen, was die schon erwähnten Probleme wie Mobbing, Aggressionen usw. betrifft, will er nämlich jetzt durch eine Verschärfung des Jugendstrafrechts abarbeiten. Das ist Programm dieser Landesregierung: Reaktion statt Prävention.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir fordern Sie auf, umgehend für eine Sicherstellung der schulpsychologischen Arbeit zu sorgen.

(Beifall bei der SPD und bei der LIN-KEN)